

## **Patenschaft der Stadt Hannover mit einem Schiff der zivilen Seenotrettung beschließen!**

Im Jahr 2023 starben laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) 8.565 Menschen auf der Flucht. Einer der tödlichsten Fluchtwege führt über das Mittelmeer. Im letzten Jahr kamen dort laut IOM 3.129 Menschen zu Tode, die sich auf der Suche nach einem besseren Leben nach Europa aufgemacht hatten. Das ist der höchste Stand an dokumentierten Todesfällen im Mittelmeer seit 2017. IOM geht davon aus, dass in den letzten zehn Jahren rund 29.000 Menschen bei ihrer Flucht über das Mittelmeer ihre Leben ließen. Vermutlich waren es noch viel mehr Menschen, von denen wir aber wohl nie erfahren werden.

Die Notwendigkeit der Ausweitung von Seenotrettungsmaßnahmen ist nicht zu leugnen. Es fehlt jedoch eine Rettungsmission, die von der EU und den Mittelmeer-Anrainer-Staaten getragen wird. Stattdessen wird immer wieder von Push-Back-Aktionen berichtet, begangen durch Grenzschutzbehörden der Anrainerstaaten oder die europäische Grenzschutzagentur Frontex. Somit sind es oftmals einzig die zivilen Seenotrettungsorganisationen, die das Mittelmeer nach Menschen in Seenot systematisch absuchen, die sich internationalem Recht und humanitären Grundsätzen verpflichtet fühlen und den Schiffbrüchigen auf See gezielt helfen.

Seit Jahren erfahren die Organisationen der zivilen Seenotrettung jedoch eine zunehmende Kriminalisierung und Behinderung ihrer lebensrettenden Arbeit. IOM geht davon aus, dass allein im Jahr 2023 hunderte Menschen starben, weil Rettungsaktionen bewusst durch Behörden verzögert und zivile Rettungsschiffe an ihrer Arbeit gehindert wurden.

Es ist daher mehr denn je notwendig, ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den Organisationen zu setzen, die zivile Seenotrettung betreiben und die mit ihren humanitären Einsätzen als wenige gegen das Massensterben auf See ankämpfen.

Eine Patenschaft der Stadt Hannover für das Schiff einer zivilen Seenotrettungsorganisation wäre ein solches Zeichen. Ein Zeichen, das für die Landeshauptstadt, die sich selbst zu einem "Sicheren Hafen" erklärt hat, angemessen wäre. Bis heute haben sich 319 Städte und Gemeinden zu Sicheren Häfen erklärt, davon 52 aus Niedersachsen. Osnabrück, Braunschweig, Wolfsburg und der Landkreis Lüneburg haben bereits eine Patenschaft für ein Seenotrettungsschiff beschlossen. Den wohlfeilen Worten müssen endlich auch in Hannover konkrete Handlungen folgen.

Bereits im letzten Jahr hatte deshalb ein Bündnis aus etlichen Organisationen vom Rat der Stadt Hannover gefordert, eine Schiffspatenschaft mit einer zivilen Seenotrettung einzugehen. Ein Antrag des Ratscherrn Adam Wolf von der Piratenpartei, der mit der Schiffspatenschaft eine finanzielle Unterstützung verband, war jedoch im Mai 2023 vom Rat abgelehnt worden. Zur Begründung wurde angeführt, dass die angespannte Haushaltssituation der Stadt Hannover zusätzliche Ausgaben rechtlich nicht zuließe.

Wenn der Titel "Sicherer Hafen", mit dem sich die Stadt Hannover schmückt, mehr als nur ein Werbeslogan mit leerem Versprechen sein soll, ist es aber unabhängig von der Finanzlage der Kommune notwendig, dass sie als Landeshauptstadt dem Beispiel anderer Städte und Landkreise in Niedersachsen folgt und eine Patenschaft mit der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer beschließt.

Sofern es aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht möglich ist, dass mit dieser Patenschaft eine finanzielle Unterstützung verbunden ist, lautet unsere Mindestforderung:

Der Rat der Stadt Hannover möge eine ideelle Patenschaft mit einem oder mehreren Seenotrettungsschiffen beschließen, mit der die Stadt Hannover öffentlich ihre Solidarität mit Organisationen erklärt, die zivile Seenotrettungsschiffe betreiben, und sich gegen eine Kriminalisierung der Menschen einsetzt, die im Mittelmeer Leben retten.

Darüber hinaus erwarten wir, dass die Stadt Hannover die Schirmherrschaft für eine Spendenkampagne zu Gunsten der Seenotrettungsorganisation/en übernimmt, für die die Patenschaft beschlossen wird, und diese nach ihren Möglichkeiten bewirbt und unterstützt.

Hannover, den 23.05.2024

**Unterzeichner:**

- Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.